

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Fritz Heckert, M. d. R.  
spricht zur Revolutionsfeier

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (bei Post 2 RM, halbjährlich 10 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Verlagsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Osterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtnachricht: Arbeiter-Zeitung Dresden / Arbeitsstunden der Redaktion: Wochentage 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal wöchentliche Monatszeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Neuanzeige einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 3. November 1927

Nummer 257

## Der Horthy-Spizel-Scandal

Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin läßt die Sowjetunion durch ungarische Polizeiagenten bespitzeln  
Die Todesstrafe bleibt bestehen / Keine Lohnerhöhung für Eisenbahner / Das Schulkompromiß im Bildungsausschuß

### Das Weltproletariat in Moskau

Von unserem Sonderberichterstatter  
Moskau, 29. Oktober.

Moskau steht bereits im Zeichen des 7. November. Schon sieht man überall Bauen und Basteln, in den Betrieben und Organisationen, in den Staatsämtern wird zu den großen Festtagen gerüstet. Aber das Fest der Oktoberrevolution ist ein internationales Fest. Aus allen Ländern aller Erdteile treffen in Moskau Delegationen von Arbeitervertretern ein, die an den Oktoberfestlichkeiten teilnehmen werden. Wenn Moskau heute die internationale Stadt der Welt ist, so ist sie — zum Unterschied von der „Internationalität“ von Paris oder Wigan — die einzige international-proletarische Stadt der Welt.

Täglich treffen neue Arbeiterdelegationen ein. Bis heute waren 272 fremde Gäste in Moskau eingetroffen, von ihnen 95 aus Deutschland. Die französischen Gewerkschaften und andere Organisationen sind durch 68 Genossen vertreten. Die Schweiz und Oesterreich sandten 18 Delegierte, 15 Delegierte kamen von den belgischen Gewerkschaften, 19 von den schwedischen, 12 von den dänischen. 7 amerikanische Arbeiter sind bereits eingetroffen, 4 japanische Arbeitervertreter sind da. Eigentliche Arbeiterdelegationen kamen aus Deutschland, Belgien, Frankreich und der Schweiz, ihnen schlossen sich an Vertreter von Bauern, Landarbeitern, Sportlern, Jugendlichen, Genossenschaftlern, der KPD usw. Außer den Vertretern des KPD aus Deutschland kamen Vertreter der französischen WAC-Organisation (französische Kote Ironikämpfer).

Die dritte deutsche Arbeiterdelegation, die Mitte Oktober in Leningrad eingetroffen war, befindet sich unterwegs in den Spoutrilgebieten der Union. Auch die anderen Delegationen werden nicht lange in Moskau, alles drängt, das „eigentliche“ provinzielle Russland zu sehen.

Unter den Delegationen, die aus Deutschland bereits eingetroffen sind, verdient besondere Beachtung die Delegation der 18 ältesten revolutionären Arbeiter Deutschlands, die von der Gesellschaft der alten Volkswirte nach Moskau eingeladen wurden. 16 Veteranen der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands, von denen jeder ein langes Menschenalter die Fahne der Revolution hochgehalten hat. Der Führer der Delegation ist der 84jährige Genosse Fritz Langer, Chemnitz. Seit 14 Jahren politisch organisiert, verkörpert er in seiner Person die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, ja, sein Leben ist ein großes Stück der deutschen Arbeiterbewegung selbst. Im Jahre 1899/70, als Langer auf der Wanderschaft in Lindebrook war, genoss er einen ganzen Winter hindurch den Unterricht von Karl Marx, der jeden Sonntag aus London herüberkam, um einen politischen Zirkel mit 6 deutschen Genossen (der eine von ihnen war Dieck, Stuttgart) zu leiten. Langer trat am 7. August 1914 aus der SPD aus. Im Kriege war er bei Spartakus und ist seit Gründung der Partei Mitglied der KPD, immer noch aktiv, als Parteimitglied und als KPD-Kamerad, hellen Auges und revolutionären Sinnes.

Für diese alten Arbeiter, die seit einem halben Jahrhundert für die Sache der Arbeiterklasse kämpfen, war die Einreise nach Moskau fast ein Märchen. An der Grenzstation Nigoreloze der USSR saß ein Triumphbogen mit der Aufschrift auf der einen Seite: „Willkommen, ausländische Arbeiter!“, und auf der anderen: „Der Kommunismus wird die Grenzen vernichten!“

Die dritte deutsche Arbeiterdelegation nahm an der historischen Sitzung des Zentral-Exekutivkomitees der Union in Leningrad teil, in der das „Manifest zum 10. Jahrestag der Revolution“ proklamiert wurde.

Die fremden Gäste, die nach Moskau zum ersten Male kommen, sehen eine eigenartige Stadt von halbdrückendem Gepräge. Der graue Herbsthimmel sorgt für reichlich schmutzige Straßen. Das Pflaster ist hier nicht so glatt, wie in der Friedrichstraße in Berlin. Hier und da hapert es mit den technischen Errungenschaften des europäischen Alltags. Die Arbeiter, die nach Moskau kommen, suchen aber nicht nach der besten Badewannenkultur, sondern sehen überall das „neue Leben“ im Lichte.

Es wird gebaut in Moskau. Auf der Twerkaja, der Hauptstraße Moskaus, wo jahrelang ein verfallener, benommener Neubau die Augen der Fremden verleidete, erhebt sich in gutem Sandstein der Prachtbau des neuen Telegraphenamtes, ein Meisterwerk der Architektur. Dieses Haus, wie auch das Lenin-Institut, das neue Haus der Isowelja, geben einen Vorgeschmack von dem kommenden neuen Moskau, dem Zentrum des proletarischen industrialisierten Sowjetrusslands, das sich erheben wird an Stelle des „goldblühen Mütterchen Moskau“ aus der Zarenzeit.

### Sozialdemokratischer Schutz für Horthys Spizel

Berlin, 3. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Unter dem Druck der kommunistischen Anklage ist der Vorwärts gezwungen, heute auch den Teil der Erklärung des ungarischen Vossjagels Rubin zu veröffentlichen, in dem die Zusammenarbeit der Zörgiebel-Polizei mit den Horthy-Spizeln festgestellt wird, und aus dem hervorgeht, daß sich höhere Polizeistellen bereit erklärt haben sollen, den ungarischen Vossjagel bei der russischen Volkshilfe oder Handelsvertretung in Berlin unterzubringen.

Der Vorwärts hat sich dazu vorsorglich von seinem Polizeipräsidenten und Parteigenossen Zörgiebel folgende „Darstellung des Sachverhalts“ fabrizieren lassen: „Rubin ist als Eduard (Edo) Röhler am 15. März 1927 von Budapest kommend in Berlin zugezogen. Etwa Ende Mai erhielt er unter diesem Namen bei dem Kriminalsekretär Scheffler bei der Abteilung 1a mit einer Empfehlung des Kriminaloberinspektors Zdeborzki von der politischen Abteilung der Budapester Stadthauptmannschaft und fragte Scheffler, ob er ihm nicht zur Aufenthaltsgenehmigung und einer Arbeitsgelegenheit in Berlin behilflich sein könne, da er in ungarischen Kommunistenkreisen in Berlin für die Budapester Polizei tätig sein wolle. Scheffler erklärte Rubin, er habe an der Bewegung kein Interesse, er könne ihm nicht behilflich sein. Rubin erbot sich, der Abteilung 1a Nachrichten über etwaige politische Umtriebe sich hier aufhaltender Kommunisten zu überbringen, was ihm Scheffler selbstverständlich anheim stellte. ... Gleichzeitig sagte er ihm, daß er bei Gefahr im Verzug durch seinen Dienstanruf 681 zu erreichen sei, und schrieb ihm diese Nummer auf einen Zettel. ... Ueber die unzureichenden Papiere Rubins und die Notwendigkeit, neue Papiere zu schaffen, ist nicht gesprochen worden. Rubin sprach dann noch ein zweites Mal vor. Scheffler hat also Rubin nur zweimal, nicht etwa fünfmal, gesprochen. Vor Vorgängen, die in der angeleglichen Unterredung zwischen Zdeborzki und Rubin erwähnt werden (Unterbringung Rubins bei Einrichtungen der

Sowjetunion in Berlin durch höhere Stellen der deutschen politischen Polizei, d. Red.) ist der Abteilung 1a nichts bekannt. Daß der Name Röhler falsch war, ist erst jetzt im Anschluß an die Presseveröffentlichung bekannt geworden.“

Der Vorwärts veröffentlicht diese sonderbare „Darstellung des Sachverhalts“ von dem Sozialdemokraten Zörgiebel ohne jeden Kommentar und gibt damit zu, daß der ungeheuerliche Polizeiscandal, den die kommunistische Presse aufgedeckt hat, Tatsache ist. Die Aufenthaltsgenehmigung wurde also stillschweigend erteilt. Der falsche Name war selbstverständlich schon bei der Anmeldung Rubins durch Zdeborzki und auch aus den unzureichenden Papieren klar erkenntlich. Rubin erhielt die Telefonnummer des Polizeipräsidenten mit dem Auftrag natürlich, an die Zörgiebelsche Polizei über Ergebnisse seiner Spizelarbeit bei den ungarischen Kommunisten und der Sowjetbotschaft zu berichten. In der vom Vorwärts veröffentlichten Erklärung deckt sich Zörgiebel gegen die „höheren Stellen“, die versuchen wollen, Rubin bei der Sowjetbotschaft einzuschmuggeln mit der Formulierung: „bei 1a war nichts bekannt“. Mit dieser tendenziösen Erklärung kann aber nicht abgestritten werden, daß Deutschland die Sowjetunion durch Horthys Vossjagelagenten bespitzeln läßt.

Die Zusammenarbeit der ungarischen Vossjagel mit dem unter der Leitung eines Sozialdemokraten stehenden Berliner Polizeipräsidenten kann auf keinen Fall mehr abgestritten werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollten sich schämen, auch nur einen Tag länger mit jenen Leuten in einer Partei zu sein, die mit Horthys Spizeln aufs engste verbunden sind. Man darf gespannt sein, ob sich nun endlich das „linke“ Dresdner SPD-Blatt veranlaßt fühlen wird, zu den ihm ungewohnten, von der roten Fahne aufgedeckten Zörgiebel-Horthy-Beziehungen Stellung zu nehmen.

### Karl Kenners Sieg über Otto Bauer

Das Zentrum der österreichischen Sozialdemokratie bei den Sozialpatrioten gelandet

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie ist beendet. Und beendet ist damit auch das selbständige politische Auftreten des rechten Zentrums, des Otto-Bauer-Flügels, in dem Lande, in dem es bisher nicht nur die Sozialdemokratische Partei, sondern die Arbeiterbewegung führte. Das Ergebnis des Parteitages ist mit einem Wort: die vollständige Kapitulation dieses rechten Zentrums vor den offenen Opportunisten. Die Kapitulation des „linken“ Phrasenredners Otto Bauer und Friedrich Adler vor jenem rechten Karl Kerner, den Adler noch vor 10 Jahren als Opportunisten und Geschäftspolitiker, als größten Schädling der österreichischen Arbeiterbewegung aufs schärfste bedämpt hatte.

In einer dreitägigen Debatte socht das Otto-Bauer'sche Zentrum auf dem Wiener Parteitag einen pathetischen Scheinkampf gegen die offene Rechte. In „leidenschaftlich“ bewegten Reden, über deren „hohes Niveau“ der Bericht der Wiener Arbeiter-Zeitung täglich in Begeisterung geriet, trat Otto Bauer, trat die Mehrheit des Parteivorstandes der SPÖ, traten zahlreiche Parteidelegierte dem Vorstoß Kenners und der anderen Rechten scheinbar auf das heftigste entgegen. Aber dieser Kampf war leere Spiegelrede. Nach den leidenschaftlich bewegten Debattereden wurde ein Beschluß vom ganzen Parteitag einstimmig gefaßt, der mit einer einzigen Ausnahme alle Forderungen der offenen Opportunisten erfüllt. Diese einzige Ausnahme betrifft die Kennersche Forderung der sofortigen Vereinfachung der Partei zur Bildung einer Koalition mit der österreichischen Bourgeoisie — gegen den Faschismus! Hier haben die heldenhafte „linken“ Kleinbürger des rechten Zentrums ihren Widerstand bis aufs Äußerste durchgehalten. Sie haben durchgehend, daß der Parteitag — auf ein direktes offenes Koalitionsangebot verzichtet. Sie haben dafür die Deklaration beschlossen, die in ihrer Gesamtheit ein grundlegendes, unmissverständliches unabweisbares Koalitionsangebot ist, wenn auch gesagt wird, daß die Koalition „so lange die bürgerlichen Parteien glauben, die Sozialdemokratie nullifizieren zu können, nicht möglich ist“.

Ueberrassend war die Stärke des Auftretens der Rechten auf dem Parteitag von vornherein. Dem Exkanzler Karl Kerner, gegenwärtig Präsident der österreichischen Arbeiterbank, war ein Korreferat eingeräumt worden, seit 10 Jahren das eine Korreferat auf einem Parteitag der Sozialdemokra-

tischen Partei Oesterreichs. Mit größtem Nachdruck stellte Kerner in seinem Korreferat die Forderungen der Rechten: Verzicht auf die bisherige Politik der revolutionären Phrasen, Vereinfachung der Partei zur Abklärung im Klassenkampf, Angebot an die Bourgeoisie, ein Bündnis gegen den Faschismus zu schließen, Demonstrationen und Streikverbot für die einzelnen Arbeitergruppen ohne Genehmigung der „Gesamtheit“. Nachdem drei Tage lang das Otto-Bauer'sche Zentrum gegen diese Forderungen unter dem brausenden Beifall der großen Parteitagmehrheit aufgetreten war, kapitulierte es am 4. Tage vollständig. In der einstimmig angenommenen Deklaration schwort die „linke“ österreichische Sozialdemokratie scheinbar den Klassenkampf ab. Von jetzt ab sollen die „unvermeidlichen Klassenkämpfe“ nicht in Katastrophen enden, sondern als geistige Kämpfe auf dem Boden der Demokratie geführt werden. Feierlich bekräftigt die Partei besonders die Aufgabe der letzten Phrasen vom außerparlamentarischen Kampf, von der Notwendigkeit der Zurückweisung der Gewaltanwendung der Bourgeoisie, scheinbar erklärt sie: „Die Sozialdemokratie will keinen Bürgerkrieg. Sie will ihre Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen; sie würde in einem einzigen Falle (!) zur Gewalt greifen, nämlich dann, wenn die Reaktion es versuchte, die demokratische Republik zu stürzen oder der Arbeiterklasse die Rechte, die die demokratische Republik ihr verbürgt, zu rauben. In dieser Deklaration ist kein Wort mehr von der Erlämpfung des Sozialismus. Es heißt darin, das Ziel sei, die Republik zu einer „wahren Republik des arbeitenden Volkes in Stadt und Land zu machen“. Gleichzeitig ist die Kennersche Kapitulationsforderung wörtlich aufgenommen. Die österreichische Sozialdemokratie, die ihre Mitglieder scheinbar im Geiste des revolutionären Klassenkampfes erzog, deren Rolle gerade darin bestand, den linken Arbeiter einzureden, daß sie zielbewußt den Machtapparat der Klasse ausbaue, und zum Bürgerkrieg rüfte, der unvermeidlich würde, wenn die Bourgeoisie nach der Eroberung der Mehrheit des Volkes zu Gewaltmitteln greifen würde; sie erklärt jetzt feierlich, sie sei bereit zur Abklärung! Wörtlich: „Die Sozialdemokratie hat schon im Jahre 1923 und seither wiederholt erklärt, daß sie jederzeit zu ernstlichen Verhandlungen über eine Abklärung bereit ist, um ein Beträufeln, das schließlich mit dem Bürgerkrieg enden könnte, zu verhüten. Aber solche Verhandlungen hätten nur in einer ruhigen Atmosphäre, nur bei